

Umzug der Jugend- an Drogenhöllef

Das Haus in der 'rue des charbons', in dem sich seit 1990 die Jugend- an Drogenhöllef befand, war seit Jahren in einem desolaten Zustand", so Claude Weydert, Präsident des Verwaltungsrates der Fondation Jugend- an Drogenhöllef, anlässlich der Einweihung der neuen Lokalitäten an diesem Montag. Finanzielle Mittel der Gemeinde Esch haben einen Umzug in ein Backsteinhaus in die rue St-Vincent ermöglicht: In dem sanierten Altbau sollen Spritzen- und Kondomvergaben, Beratungen sowie Therapien für Abhängige angeboten werden. Betroffene können hier unter ärztlicher Aufsicht, das seit 2003 bestehende Methadonprogramm wahrnehmen oder in betreute Strukturen vermittelt werden. Neben dem Verweis auf die Bedeutung der Vernetzung von lokalen Sozialstrukturen, appellierte die anwesende Escher Sozialschöffin Vera Spautz, an andere Gemeinden Hilfsstrukturen wie betreutes Wohnen auszubauen und im präventiven Bereich weiter aktiv zu bleiben. Dass die Gemeinde Esch dem Vorhaben eine Fixerstube nach dem hauptstädtischen Modell des Tox-In mit integrierter Tagesstruktur und Schlafstätte in einem Schreiben ans Gesundheitsministerium eine Absage erteilt hat, kam bei der Einweihung nicht zur Sprache. "Es ist keine Absage zum Prinzip der Fixerstube. Allerdings besteht hier Diskussionsbedarf", räumt der Gesundheitsminister Di Bartolomeo auf Nachfrage der woxx ein. Vom Escher Vorschlag, die Fixerstube ans lokale Krankenhaus anzugliedern, hält der Minister wenig: "Wenn man sieht wie personalaufwendig solche Strukturen sind, dann macht es keinen Sinn, diese auseinanderzureißen. Synergien sind sinnvoller als viele verschiedene Strukturen."

Jagdreform: Nachschuss

Wütend und enttäuscht hatte Camille Gira vor drei Wochen in der Chamber angekündigt, die Grünen würden die Motion zur Reform des Jagdgesetzes ablehnen. Der Grund: Kurz vor Abschluss der Verhandlungen in der Umweltkommission hatten sich die Regierungsparteien ein umstrittenes Gutachten zur Revierproblematik zu eigen gemacht, das dann in die Motion übernommen wurde. Dabei geht es um die Frage, ob GrundstückbesitzerInnen automatisch Mitglied im Jagdsyndikat werden oder das Recht haben, ihre Ländereien von der Jagd auszuschließen. Besagtes Gutachten speulierte darauf, dass die luxemburgische Reviergesetzgebung mit dem Grundrecht auf Eigentum durchaus vereinbar sei - kein Handlungsbedarf also in diesem Bereich. Doch der Schuss ging nach hinten los. Am vergangenen Dienstag gab der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einer Privatperson Recht, die gegen die Zwangseingliederung ihres Privatbesitzes in ein Jagdsyndikat geklagt hatte. Camille Gira konnte frohlocken, die Strategie der CSV-LSAP-Mehrheit sei "wie ein Kartenhaus" zusammengefallen. In der Tat lässt die erste Stellungnahme von Umweltminister Lucien Lux darauf schließen, dass sich die Forderung der JagdkritikerInnen durchsetzen wird: Künftig dürfen GrundbesitzerInnen darüber entscheiden, ob auf ihrem Grund und Boden gejagt wird oder nicht. Auch die Sorgen, er werde die Jagdreform auf die lange Bank schieben, hat der Minister zerstreut. Er kündigte ein Gesetzesprojekt für Anfang nächsten Jahres an.

Asylrecht: Alt ist nicht neu

Am Ende halfen die kritischen Statements der Menschenrechtskommission und des Flüchtlingsrats auch nichts: Die Chamber stimmte der von Immigrationsminister Schmit vorgelegten Änderung des Asylgesetzes zu. Somit kommen all jene Asylbewerber, deren Antrag vor Verabschiedung des neuen Asylgesetzes vom 5. Mai 2006 abgelehnt wurde, nicht in den Genuss einer Prüfung ihres Verfahrens unter dem Gesichtspunkt des neu eingeführten Status der "protection subsidiaire" - sofern sie nicht "neues" Beweismaterial vorlegen. Die Kritiker monierten, dass das so genannte "alte" Beweismaterial der betreffenden Personen argumentativ gar nicht darauf ausgelegt war, die "protection subsidiaire" zu erlangen, da es diese zum Zeitpunkt der Antragstellung - vor dem 5. Mai 2006 - noch gar nicht gab. Für die Chamber-Mehrheit handelte es sich dabei offenbar um bloße Spitzfindigkeit.

*Carmen Kronshagen hat als Chargée de direction der sozialen Anlaufstelle für Prostituierte, des DropIn der Croix-Rouge, einen guten Einblick in die Veränderungen und Bedürfnisse innerhalb der Szene.*

(Foto: Christian Mosar)

PROSTITUTION

"Prostitution auf Anmeldebasis"

**woxx: Wie hat sich die Situation der Prostituierten in den letzten Jahren verändert?**

**Carmen Kronshagen:** Der Strich verändert sich dauernd. Veränderungen hängen auch mit den Entwicklungen im Ausland zusammen. Am Anfang hatten wir hauptsächlich mit Leuten zu tun, die aus den "bar montants" stammten. Als die Prostitution in den siebziger Jahren in den Bars verboten wurde und die Lokale zu Cabarets wurden, kamen die so genannten "artistes" aus dem Ausland. Die Prostituierten der Bars wollten teilweise nicht mehr zu den neuen Bedingungen arbeiten und haben sich selbständig gemacht. Das waren Frauen, die Prostitution recht professionell betrieben haben. Viele waren finanziell abgesichert, indem sie sich als "artistes indépendants" anmeldeten. Darunter waren FranzöslInnen, BelgierInnen und Deutsche. Auch sind damals schon LuxemburgerInnen ins Ausland gegangen.

**Erst recht spät kamen Frauen von außerhalb, die hier arbeiten wollten?**

Bis Ende der 90er Jahre hatten wir eine einmalige Situation in Luxemburg: Bisher gab es kaum eine große Mobilität, die Prostituierten, die hier arbeiteten, wollten dann dauerhaft bleiben. Auch wurden sie durch einen Ausschuss vertreten, der beispielsweise bestimmte, wer an welchem Ort arbeiten sollte und der die Preise festlegte. Als im Jahr 2000 in Belgien und Holland die Straßenstriche zugemacht wurden, kamen die Prostituierten nach Luxemburg. Es war der Anfang einer größeren Mobilität in der Prostitution in Luxemburg. Alle möglichen Nationalitäten waren plötzlich vertreten. Während des Kosovo-Krieges fanden sich Frauen auf dem Strich ein, die albanische Männer hatten, die indirekt ihre Zuhälter waren und die teilweise auch in den Drogen- und Waffenhandel verwickelt waren. Das hat den Strich aufgemischt, in einer Form, die es davor nicht gab: Viele neue Frauen sind auf den Strich gekommen, die nach

einem ganz anderen System funktionierten, die teilweise auch kriminell waren. Parallel dazu veränderte sich auch der Drogenkonsum. In den Neunzigern waren die Heroinabhängigen eher in der Minorität. Die meisten waren erst recht spät in die Drogenkarriere hineingerutscht. Inzwischen hat sich das ganze System des Drogenkonsums verändert: Mittlerweile sind viele Drogenkonsumenten mehrfach abhängig. Zudem gab es in der Vergangenheit eine Zunahme von Drogenkonsumenten, wodurch sich automatisch auch mehr Leute in der Prostitution wiederfanden, um so ihr Geld zu verdienen. Seit zwei Jahren hat jedoch ihre Zahl abgenommen, vermutlich verdienen sie ihr Geld woanders. Insgesamt ist die Prostitution in Luxemburg viel mobiler geworden. Diese Wanderbewegungen haben auch mit der Gesetzgebung zu tun: Bekommen Prostituierte Probleme, wenn sie zu lange irgendwo bleiben, ziehen sie einfach weiter. Auch steigt die Nachfrage, wenn ein Kunde glaubt, eine Frau sei neu auf dem Markt. Auswirkungen hatte auch die rezente Regelung, die den Frauen einen neuen Straßenstrich in der "rue d'Alsace" und der "rue Wenceslas" sowie neue Arbeitszeiten von abends acht bis drei Uhr früh zuwies. Verschiedene Frauen empfinden die Arbeit am Abend als gefährlich, da der Alkoholpegel beim Kunden zunimmt, andere können dann nicht arbeiten, da sie Kinder zu versorgen haben.

**Wie könnte die Situation der Prostituierten "idealerweise" aussehen?**

Prostitution müsste gehandhabt werden wie jedes andere

Handwerk auch - im Interesse der Frau. Die typische Argumentation der Feministinnen ist, dass die prostituierenden Frauen später Sozialfälle sind. Warum werden diese Frauen Sozialfälle? Weil sie keine Versicherung bezahlen müssen: Jemand der jung ist, macht sich vor, nur kurzfristig in diesem Metier zu bleiben. Die Prostituierten bräuchten einen Anmeldebeleg, so dass die Polizei bei einer Kontrolle feststellen kann, ob die Frau angemeldet ist oder nicht. Liegt keine Anmeldung vor, müsste sowohl der Kunde als auch die Prostituierte bestraft werden. Diese Maßnahme dient nicht dazu, dem Staat mehr Gelder zukommen zu lassen, sondern soll die Frauen zwingen, sich anzumelden, damit sie eine Sozialabsicherung haben. Auch Zuhälter haben viel weniger Interesse an Frauen, die mehr Rechte haben. Luxemburg ist eine hypokritische Gesellschaft: Wir wollen Prostituierte lieber als Opfer sehen, anstatt sie als mündige Leute zu begreifen.

**Wie schätzen Sie die diskutierte Alternative eines Eros-Centers ein?**

Ein Eros-Center ist keine gute Lösung. Wie will man die teils älteren Frauen, Gelegenheits-Prostituierte oder Drogenabhängige in ein Eros-Center bekommen? Wissen Sie, was ein Zimmer im Eros-Center für die Frauen kosten soll? Die Prostituierten bezahlen mindestens 150 Euro pro Sechs-Stunden-Schicht. Dieser Preis bewirkt, dass viele Prostituierte regelrecht in diesen Zimmern leben, weil sie sich keine andere Wohnung leisten können. Viele müssen ihre Kleidung ebenso wie



die Kondome zu hohen Preisen in dem Eros-Center kaufen, in dem sie arbeiten. Sie müssen die Reinigungskräfte bezahlen und die Kosten eines Mindestverzehr bei der angesiedelten Bar übernehmen, auch wenn nichts konsumiert wird. Seit längerem plädiere ich für ein Stundenhotel. Hier übernimmt der Kunde den Preis fürs Zimmer. In einem richtigen Stundenhotel gibt es eine Bar, die nur Frauen zugänglich ist und in der ihre Kunden nichts zu suchen haben.

**Welche Rechtslage würden Sie begrüßen?**

Ich will nicht darüber diskutieren, ob nun das schwedische oder das deutsche Modell gut oder schlecht ist. Damit hängt vor allem die viel grundsätzlichere Frage zusammen, wie man sich gegenüber der Prostitution positioniert: Sind wir ehrlich und setzen uns damit auseinander, dass Prostitution existiert? In meinen Augen sollte man sich fragen, ob es nicht besser ist, den Leuten Rechte zu geben - aber nicht auf freiwilliger Basis wie in Deutschland, sondern auf einer Pflichtbasis: Die Prostituierten müssten gezwungen sein, ihre Tätigkeit anzumelden und Sozialversicherungsbeträge zu entrichten. Indem man die Prostituierten in ihren Rechten einschränkt wie in den vergangenen Jahren, erzeugt man eher neue Probleme: Es fällt auf, dass sie sich immer mehr in die Wohnungen zurückziehen. Der Vorteil des Striches ist jedoch, dass die Frauen hier sichtbar sind. Dadurch, dass die Frauen sich in Wohnungen verstecken, werden sie angreifbarer: Viele Agenturen dürfen und wollen ohne Einkommensbeleg keine Wohnungen vermieten, so dass die Prostituierte schon eine Mittelsperson benötigt, um eine Wohnung beziehen zu können. Diese Vermittler werden womöglich zu überfeuerten Preise tätig oder wollen die Dienstleistungen der Prostituierten gratis beanspruchen. Die Prostituierten sind nicht verschwunden, nur weil sie nicht mehr sichtbar sind: Es wirkt eher kontraproduktiv, den Prostituierten noch mehr Rechte wegzunehmen.

**Interview: Christiane Walerich**

Zur Person:

Carmen Kronshagen, ist Erzieherin. Seit 1989 war sie im Rahmen der Aidsberodung der Croix-Rouge ehrenamtlich in der Präventionsarbeit auf dem Straßenstrich tätig. Kronshagen ist Mitbegründerin von Stop Aids Now. Seit 1998 arbeitet sie im DropIn der Croix-Rouge, dem sie als Chargée de direction vorsteht.